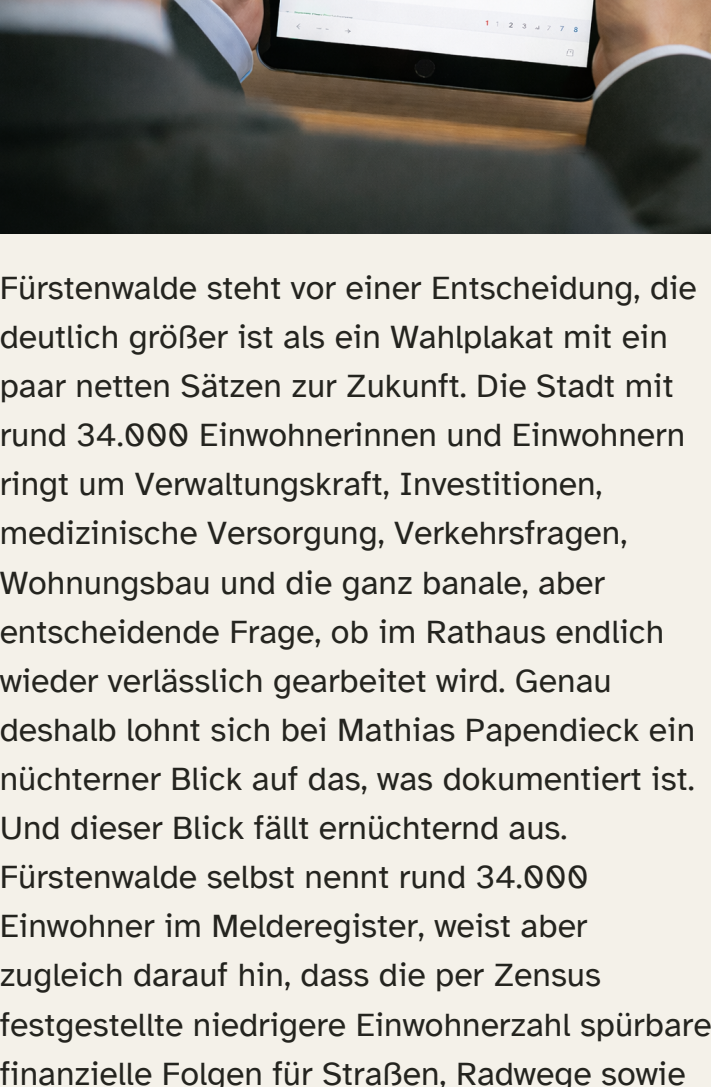


Kommentar: Fürstenwalde braucht einen Bürgermeister, keinen Berlin-Restposten

18.4.2026 · maxheadroom



Fürstenwalde steht vor einer Entscheidung, die deutlich größer ist als ein Wahlplakat mit ein paar netten Sätzen zur Zukunft. Die Stadt mit rund 34.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ringt um Verwaltungskraft, Investitionen, medizinische Versorgung, Verkehrsfragen, Wohnungsbau und die ganz banale, aber entscheidende Frage, ob im Rathaus endlich wieder verlässlich gearbeitet wird. Genau deshalb lohnt sich bei Mathias Papendieck ein nüchterner Blick auf das, was dokumentiert ist. Und dieser Blick fällt ernüchternd aus.

Fürstenwalde selbst nennt rund 34.000 Einwohner im Melderegister, weist aber zugleich darauf hin, dass die per Zensus festgestellte niedrigere Einwohnerzahl spürbare finanzielle Folgen für Straßen, Radwege sowie Sport- und Freizeitangebote hat. Bürgermeisteramt ist hier kein Symbolamt, sondern knallharte Kommunalverwaltung.

Papendieck tritt nicht aus Fürstenwalde heraus an, sondern von außen auf die Stadt zu. Der SPD-Ortsverein Fürstenwalde beschreibt ihn selbst als IT-Fachmann aus Schöneiche, Kreistagsfraktionschef und Gemeindevertreter in Schöneiche. Zugleich betont die eigene Kampagne, Fürstenwalde sei für ihn kein Neuland, weil er hier drei Jahre Berufsschule und Schwimmunterricht absolviert habe, ein Wahlkreisbüro in der Stadt unterhielt und private wie berufliche Verbindungen pflege. Das heißt aber auch: Die zentrale belegbare biografische Verwurzelung, die offensiv ins Schaufenster gestellt wird, ist keine gewachsene kommunale Verantwortung in Fürstenwalde, sondern eine nachträglich erzählte Nähe. Für ein Bürgermeisteramt ist das ein Unterschied, und zwar ein sehr entscheidender.

Noch kritischer wird es beim Blick auf sein politisches Profil. Ein zusammengetragener Abstimmungsübersicht zeigt 157 dokumentierte Bundestagsabstimmungen zwischen November 2021 und März 2025, davon 115 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 11 Fälle ohne Beteiligung. Das ist kein Ausreißerprofil, kein kommunaler Querkopf und auch kein Politiker, der erkennbar gegen die eigene Linie aufsteht. Es ist vor allem ein Fraktionsprofil. Papendieck hat also überwiegend so abgestimmt, wie man es von einem loyalen Regierungspolitiker erwartet. Genau das kann man in Berlin ordentlich finden. Für ein Rathaus in Fürstenwalde ist es aber noch kein Beweis für kommunale Eignung.

Seine Befürworter werden nun sagen, genau das sei doch ein Vorteil: Erfahrung im Bundestag, Kontakte, Netzwerke, Überblick. Klingt schick. Nur verwaltet man eine Stadt nicht mit Reden über Netzwerke, sondern mit Personalführung, Konfliktfestigkeit, Prioritätensetzung, Haushaltsklarheit und Ortskenntnis jenseits von Fototerminen. Wer Bürgermeister werden will, muss nicht bloß wissen, wie ein Bundeshaushalt beschlossen wird. Er muss wissen, warum eine Schule hängt, ein Bauvorhaben stockt, eine Stelle unbesetzt bleibt, ein Verein im Rathaus versackt oder ein Bürger nach dem dritten Termin immer noch keine Antwort bekommt. Das sind keine Bundestagsthemen. Das ist der Maschinenraum einer Stadt.

Und genau hier wirkt Papendiecks Abstimmungsverhalten eher wie ein Warnsignal als eine gute Empfehlung. Ja, er stimmte für die Lockerung der Schuldenbremse, für Bundeshaushalte, für Bürgergeld, für Strompreisbremsen, für Krankenhausreform, für Änderungen im Straßenverkehrsrecht und für den Ausbau erneuerbarer Energien. All das hat kommunale Nebenwirkungen oder indirekte Folgen für Städte und Kreise. Aber sein Profil zeigt eben auch eine starke Orientierung auf die großen Berliner Pakete und die nationale Linie, nicht auf die spezifische Lage einer Mittelstadt wie Fürstenwalde. Auffällig viele Ja-Stimmen finden sich bei Auslandseinsätzen, Sicherheits- und Bundeswehrthemen sowie beim Sondervermögen Bundeswehr. Das mag bundespolitisch alles begründbar sein. Aber für die Frage, ob jemand die richtige Person für ein Rathaus mit Personalengpässen, Investitionsstau und lokalem Vertrauensproblem ist, hilft das nur sehr begrenzt weiter.

Besonders heikel ist der kommunale Maßstab. Bürgermeister müssen sehr oft genau das tun, was Bundespolitiker gern abstrakt behandeln: mit knappen Mitteln Wirklichkeit organisieren. Wenn Papendieck für das Gebäudeenergiegesetz stimmt, dann bedeutet das für Städte und Wohnungsunternehmen eben nicht nur Klimaschutzrhetorik, sondern Beratungsdruck, Investitionsdruck und soziale Spannungen. Wenn er für die Krankenhausreform stimmt, dann ist das vor Ort keine theoretische Modernisierung, sondern die Frage, wie medizinische Versorgung in der Region künftig erreichbar bleibt. Wenn er für Bundeshaushalte und große Reformpakete stimmt, dann muss er sich daran messen lassen, ob diese Politik Kommunen am Ende wirklich stärkt oder ihnen neue Pflichten, neue Unsicherheiten und neue Kosten auflädt. Genau diese Brücke zwischen Berlin und Alltag ist bei ihm bislang eher behauptet als bewiesen.

Das zweite Problem ist sein sogenanntes Kompetenzteam. Auf seiner eigenen Seite stellt Papendieck Anne Fellner, Susanne Rabe, Christfried Tschape und Stefan Wichary als Verstärkung vor und betont ausdrücklich, das Team ergänze sein Profil mit etablierten Netzwerken innerhalb und außerhalb von Fürstenwalde. Übersetzt heißt das: Er will fehlende eigene kommunale Verankerung durch bekannte Namen und alte Verwaltungserfahrung kompensieren. Auch das kann man clever nennen. Man kann es aber ebenso als Eingeständnis lesen, dass die eigene Basis in Fürstenwalde nicht ausreicht.

Hinzu kommt: Mindestens Teile dieses Teams stehen gerade nicht für eine frische, aktive Gegenwart der Verwaltung, sondern für Vergangenes, Ausgeschiedenes oder Externes. Christfried Tschape war bis Ende 2023 in Fürstenwalde in der Stadtentwicklung tätig und ging dann in Rente, später übernahm er anderswo wieder eine Amtsleitung. Stefan Wichary war in Fürstenwalde Erster Beigeordneter und schied nach Streit aus dem Rathaus aus. Susanne Rabe wird in der lokalen Berichterstattung ausdrücklich als langjährige Leiterin bei den Samariteranstalten beschrieben, die ebenfalls im Ruhestand ist. Und Anne Fellner wird in Fürstenwalder Gremienunterlagen als ehemalige Beigeordnete geführt, während sie zuletzt in Eberswalde als Baudezernentin tätig war. Mit anderen Worten: Dieses Team wirkt nicht wie der Aufbruch einer neuen Fürstenwalder Verwaltungsgeneration, sondern eher wie ein politisch zusammengesetztes Rückspiegel-Kabinet.

Genau das ist der Kern der Kritik. Papendieck bietet Fürstenwalde keinen klaren Beleg dafür, dass er aus der Stadt heraus denkt. Er bietet ein Berliner Abstimmungsprofil, regionale Parteivernetzung, einen Wohnort außerhalb der Stadt und ein Kompetenzteam aus bekannten, aber eben nicht mehr im aktiven Fürstenwalder Verwaltungsalltag verankerten Personen. Man kann das als Erfahrung verkaufen. Man kann es aber genauso als Mangel an eigener kommunaler Erdung lesen.

Für eine Stadt wie Fürstenwalde reicht es nicht, im Wahlkampf auf allgemeine Begriffe wie Sachlichkeit, Zukunft, Verwaltungskraft und Netzwerke zu setzen. Das klingt auf jedem dritten Flyer elegant, nur leider ersetzt es keine lokale Führung. Ein Bürgermeister muss die Stadt nicht nur kennen, sondern aushalten. Ihre Konflikte, ihre Akteure, ihre Müdigkeit, ihre Reibungen, ihre Beharrungskräfte. Wer dafür vor allem mit einem externen Profil und einem Team aus ehemaligen oder externen Verwaltungsköpfen antritt, muss sich die Frage gefallen lassen, ob er wirklich Fürstenwalde führen will oder ob Fürstenwalde für ihn gerade schlicht die nächste politische Bühne ist.

Am 26. April 2026 geht es in der Stichwahl nicht bloß um Sympathie. Es geht um die Frage, ob diese Stadt in einer schwierigen Phase einen Bürgermeister braucht, der hier politisch gewachsen ist, oder einen Kandidaten, dessen stärkster Ausweis bisher vor allem ein angepasstes Bundestagsvotum und ein aus Schöneiche importiertes Führungsversprechen ist. Die Frage ist hart. Aber genau so muss sie gestellt werden. Die Stadt hat ein Recht darauf.

ENDE DES ARTIKELS

Fürstenwalder Käseblatt · Lokal · Direkt · Unbequem.

Quelle: <https://rewida.de/2026/04/18/kommentar-fuerstenwalde-braucht-eine-n-buergermeister-keinen-berlin-restposten/>